

titen
7.60 Mk.

Mantel
gute Qualität
decken
65 bis 2.75
rwasche

agold.

egante
pragnierte
offmante
Wasserkuppe

nteln

alos
er

wehr Nagold
Sept., früh 7 Uhr

enerwehr
führung zur Schlus
Das Kommando.

hr Nagold

27. Sept. 1925

Abend

an sämtliche Ka-
dinner mit ihrem
bedung.
geeret Kameraden
denzeit, werden
und gefangliche
erhaltung sorgen.
Kommando.

den 27. September

hr Nagold

meisterschaft

Mindersbach

erfahrt.

en des Radfahrers

mlung am Samstag

s. „Engel“

Der Ausschuss

Inserieren

blg!

Bezugs-Preise
Monat. einjährl.
Zweiter Jahrgang N. 120
Einzelnummer 10
Erscheint an
jed. Werktag
Verbreitete Zeitung
in Dtl.-Bez. Nagold
In Fällen d. Gewalt
besteht kein Anspruch
auf Lieferung d. Zeitg.
aber auf Rückzahlung
des Bezugspreises.
Telegraphisch - Adress:
Gefellschaft Nagold,
Postfach-Nr. 20
Stuttgart 5123.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Salzer (Hart Salzer) Nagold

Anzeigen-Preise
Die ein spaltige Zeile
aus gewöhnl. Schrift
od. deren Raum 15 J
Familien-Anz. 12 J
Reklams-Zeile 45 J
Sammelanzeigen
50 % Aufschlag
Für das Ercheinen
von Anzeigen in be-
stimmten Ausgaben
und an besonderen
Plätzen, wie für tele-
phonische Aufträge u.
Schiffsanzeigen kann
keine Gewähr über-
nommen werden.

Nr. 225 Begründet 1826 Samstag den 26. September 1925 Fernsprecher Nr. 29. 99. Jahrgang

Tagespiegel

Die deutsche Antwortnote auf die Konferenz Einladung soll am Samstag durch die betreffenden deutschen Behörden mündlich gegeben und gleichzeitig veröffentlicht werden.

Der Londoner „Daily Telegraph“ bestätigt, daß die Ministerkonferenz vom 5. Oktober in feiner Weise bindend sein sollte. Ministerpräsident Dr. Gaus und verschiedene andere Beamte werden die deutschen Minister begleiten.

Mussolini wird an der Sicherheitskonferenz nicht teilnehmen; er zieht es vor, auf der Tagung des schweizerischen großen Rats in Rom den Vorschlag zu führen.

Die türkische Abordnung für die Mossulverhandlungen vor dem Völkerbund ist von Genf nach Angora abgereist, da keine Aussicht auf eine Erledigung der Streitfrage mehr bestand. Der Völkerbund wünschte für die Völkerbundsvertreter, die die Verhandlung in Mossul prüfen sollen, die Freiheit zum Betreten türkischen Gebiets. Die türkische Abordnung hat die gewünschte Erklärung nicht abgegeben.

Politische Wochenschau.

In den letzten Tagen der vorigen Woche erlebte Deutschland die erhebende Befreiungsfeier des Ruhrlandes nach der langen, schweren und unergieblichen Zeit der Besetzung durch Franzosen und Belgier. Ein Aufschrei der Erleichterung, ein erschütternder Jubelruf lag ganz Deutschland über sich, für die ganze Welt, das waren die Tage von Hamm und Bochum, von Essen, Duisburg und Düsseldorf. Befreit! Wer hätte nicht den Sturm der Freude mitfühlen, der die Seele der Ruhrbevölkerung ohne Unterschied des Standes und der Parteien in Erregung brachte, als sie die ehrwürdige, unantastbare Person des Reichsoberhauptes wie einen neuen Befreier begrüßte, ihn, der das Vaterland schon einmal aus schwerster Not befreit und das Reich gegen eine zehnjährige Lebermacht der Feinde befreit hatte, als es noch waffenmächtig war. Die Person und der Name Hindenburgs galt den Westfalen und Rheinländern als die Bürgschaft, daß sich nun alles wenden müsse und daß Ruhe und Sicherheit wieder in die schwergeprüften Lande einziehe. Kein Witzton stürzte die schönen Feiern; die Deutschen waren wieder einmal einig, einig im Glück, wie sie einst in der Lebenszeit gemessen waren. Mit Dankbarkeit und Stolz bezugte dies der Reichspräsident, und es war ein guter Gedanke des Oberbürgermeisters von Bochum und des Reichstages, daß das leuchtende Beispiel, das die Männer und Frauen und Kinder an Rhein und Ruhr dem deutschen Volk gegeben haben, für alle Zeiten in den Tafeln der deutschen Geschichte mit ehernem Griffel eingegraben werden soll.

Unmittelbar nach den Befreiungstagen wurden die leitenden Männer des Reichs zu wichtiger Arbeit nach Berlin gerufen. Die Frage mußte entschieden werden, ob die Reichsregierung die Einladung der Verbündeten zu einer Ministerkonferenz über die Sicherheitsfrage annehme. Diese Konferenz soll nach der Note Briand vom 13. September noch keine endgültige und entscheidende sein, sondern sie soll, wie die französische Note sich ausdrückt, „den Abschluß der Verhandlungen beschleunigen“. Am Montag, dem 21. September, fand nun der erste Kabinettsrat statt, in dem der zur „Durcheinanderredung“ ernannte Ministerialdirektor Dr. Gaus darüber berichtete, was er in London gehört und gesehen und was er selbst mit den vier Verhandlungsbeauftragten hatte. Allen günstig scheint der noch in tiefes diplomatisches Dunkel gehüllte Bericht nicht gerade gewesen zu sein, und es bedurfte noch zweier langer Kabinettsitzungen, ehe am Donnerstag in einem Kabinettsrat unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg die Entscheidung getroffen werden konnte. Es war vorzuziehen, daß die Einladung zur Konferenz, die am 5. Oktober stattfinden wird, und zwar wahrscheinlich in Luzern, angenommen wurde; grundsätzlich hatte sich die Reichsregierung ja schon am 27. August in ihrer Antwort auf die Note Briand vom 24. August mit mündlichen Verhandlungen einverstanden erklärt. Eine andere, schon schwieriger Frage war die, wer das Reich auf der Konferenz vertreten solle. Nach den Absichten der vier Verhandlungsminister, die auf der Konferenz erscheinen werden, ist die Belästigung nicht von der Hand zu weisen, daß die Sicherheitsgeschichte in Gemeinschaft mit Versailles Vertrag, Dawesabkommen, Schiedsverträgen usw. sich zu einer politischen Inflation für Deutschland entwickeln könnte. Es könnte also notwendig werden, daß auf der Konferenz auch ein deutsches Klein gesprochen würde, und das bringen ohne Frage zwei leichter fertig als einer. So beschloß denn der Kabinettsrat, daß der Reichsfinanzminister sich an den Verhandlungen beteiligen und die Verantwortung mit Dr. Stresemann übernehmen soll. Die Verantwortung ist freilich nur eine bedingte, denn das letzte Wort sprechen der Reichstag und der Reichspräsident, aber immerhin, es muß auf der Konferenz doch etwas ausgemacht werden, wenn auch zunächst noch unverbindlich.

Ob in dem letzten Kabinettsrat am Donnerstag auch bestimmte Richtlinien für die Verhandlungen besprochen wurden, ist nicht bekannt, es erscheint aber nahelegend, daß die von der großen Mehrheit des Reichstages gebilligte Note der Reichsregierung vom 20. Juli d. J. deutschseits zur Grundlage gemacht wird, jene Note die u. a. bezüglich des Eintritts in den Völkerbund die bekannten Vorbehalte macht und die bestimmte Erwartung ausspricht, daß das große Dilemma des deutschen Angebots von der Gegenseite wenigstens durch die unverzügliche Räumung des ersten Besetzungsbereichs gemildert werde. Ein vorläufiger Berliner Besetzungsbereich hat wieder einmal geglaubt, auf seine Art dem Verhandlungsprozess Vorlauf leisten zu sollen, indem er die Nachricht in die Welt setzte, die Räumung des Ruhrgebietes „spätestens bis Mitte November“ sei schon beschlossene Sache. Sofort wurde im Pariser „Temps“ halbamtlich in barocker Weise die Meldung als eine „freie Erfindung“ erklärt. Wenn man doch endlich in Berlin begreifen wollte, daß blinder Eifer nur Schade, namentlich in politischen Fragen und Fragen, für die Staatsmänner von Bismarckschem Format nötig wären.

Konferenz der Ministerpräsidenten

Berlin, 25. Sept. Heute vormittag um 10 Uhr hat in der Reichskanzlei die Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder begonnen. Zur Teilnahme waren auch die stimmberechtigten Mitglieder des Reichstages geladen. Heute vormittag werden die außenpolitischen Fragen besprochen, heute nachmittag die Wirtschaftsfrage, die Frage des Preisabbaus u. a.

Von der Reichsbahngelellschaft

Berlin, 25. Sept. Im Verwaltungsrat der Reichsbahngelellschaft wurde mitgeteilt, daß die von der Hauptverwaltung bewilligten Arbeiterlohnabgaben die Summe von 25 Millionen RM jährlich ausmache. Dazu kommen auf Grund der neuen Reichsgelellschaft weitere soziale Lasten von 35 Millionen jährlich. Weitergehende Lohnerhöhungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Eisenbahngebühren seien unmöglich. Auch eine allgemeine Tarifermäßigung sei undurchführbar, da auch die Domesverpflichtungen in diesem Jahr steigen, dagegen sollen für gewisse Lebensmittel Tarifermäßigungen gemährt werden. Die Herabsetzung des Zinsfußes für Leihgelder der Reichsbahn wurde genehmigt.

Wiederaufhebung der weltlichen Schulen in Braunschweig

Braunschweig, 25. Sept. Die nach der Revolution von den damaligen Volksbildungsministern Grottel und Salzer in Braunschweig eingeführten weltlichen Schulen sind vom letzten Minister auf Grund des Artikels 174 der Reichsverfassung wieder aufgehoben worden. Die Verfügung ist darauf hin, daß die evangelisch-lutherischen Gemeindefürsorge und die höheren Lehranstalten nach dem Gesetz von 1913 Kennzeichensschulen sind, der Unterricht habe dieser Art Rechnung zu tragen. Die Leistungen der Schüler in Religionslehre sind im Zeugnis zu vermerken, die Schulanfänger sind wieder aufzunehmen. Kinder von Konfessions- und Religionslosen und Lehrer können vom Religionsunterricht entbunden werden und wenn eine angemessene Zahl solcher

Schüler vorhanden ist, kann ihnen dafür Unterricht in Lebenskunde erteilt werden.

Rechnungsbericht der Reichspost

München, 25. Sept. Im Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost, der am 22. bis 24. September in München tagte, machte Reichspostminister Sittig Mitteilung über die finanziellen Verhältnisse der Reichspost. In den Monaten April bis Juni blieben die Einnahmen hinter dem vorgesehenen Durchschnittsertrag wesentlich zurück. Der Monat Juni brachte eine wesentliche Steigerung, im August war aber wieder ein Rückgang von 5,7 Millionen RM zu verzeichnen. Der Einnahmerückstand beträgt seit 1. April insgesamt rund 27 Millionen. Den Preissteigerungs-Anwendungen der Reichsregierung zufolge hat nun auch die Reichspost den Zinsfuß ihrer Leihgelder herabgesetzt und zwar bis Ende 1925 auf 7,5 v. H. bei kurzfristigen und auf 8 v. H. bei langfristigen Darlehen. Durch die Herabsetzung des Zinsfußes für die an die Staatsbanken geliehenen Gelder erleidet die Reichspost im laufenden Rechnungsjahr einen Einnahmeausfall von 1,3 Millionen, an eine Herabsetzung der Postgebühren, deren Höhe den Vorkriegsgebühren gleichbleibe, könne daher z. B. nicht gedacht werden. Der Lohnsatz sei von den Reichspostarbeitern zum 31. August gekündigt worden, mit Rücksicht auf die Preissteigerungsmahnahmen der Reichsregierung könne aber die geforderte allgemeine Lohnerhöhung nicht bewilligt werden, dagegen sollen die Ortszulagen nachgeprüft werden, was im laufenden Rechnungsjahr schon eine Mehrausgabe von 2 Millionen bringe. Die allgemeine Verkehrslage habe sich ordnungsmäßig entwickelt, nur die Telegraphie lasse zu wünschen übrig. Eine fortschreitende Eingliederung der Reichspost in die Gesamtwirtschaft und eine härtere Anpassung an die Bedürfnisse der Leistung werde angestrebt.

Vor dem Weltkrieg blieb es, die Räumungen hatten zu einem Krieg treiben. Sieben Jahre nach dem Krieg ist mit Ausnahme von Deutschland, Österreich, Ungarn und Bulgarien allen nicht-Kämpfern gerühtet als vor dem Krieg. Ein Kind kann daraus den Schluss ziehen, daß die Gefahr eines noch viel größeren und schwereren Kriegs jetzt erst recht vorhanden ist. Also, Völkerbund, allgemeine Abrüstung? Nein, Frankreich, England, Japan, Belgien, Polen und Tschechien wollen nicht, und in seinem Bericht über die „Vorbereitungen zur Vorbereitung“ einer Abrüstungskonferenz des Völkerbunds erklärt der ehrenwerte Herr Beneš, man müsse alles dem Völkerbundsamt überlassen. Und der ganze Chor der Kritiker schreit sich selber vor Befall. Im Rufflaut, in dem der eine General, England, im Völkerbund tanzen, der andere, die Türkei, ein solches ist, der nicht ungeschickt mit sich inszeniert, entzieht sich der Völkerbund vorsichtig seinem Schicksal und verweist den Streit in den Haager Schiedsgerichtshof. Wenn es sich aber um das gefesselte Deutschland handelt, da stellt der Völkerbund seinen Mann. Die bisherige Entmündigung Österreichs in finanzieller Beziehung wird auf die Wiener Klagen in Günden gemindert, aber dafür werden ihm neue wirtschaftliche Vordrucke gemacht, die drückender und entwürdigender sind als zuvor. Österreich hat zu schweigen und für die Wohlzeiten dankbar zu sein. Noch erbärmlicher ist die Haltung des Völkerbunds gegenüber der Freien Stadt Danzig. Der Völkerbund hat sich keinerlei zum Schutzherrn Danzigs gemacht, ein Völkerbundsdelegation hat keinen Fuß auf den Boden der rein deutschen Stadt. So können die Polen von Anfang an sicher darauf rechnen, daß alle ihre Gewaltthaten gegen die schwache Freistadt vom Völkerbund gebilligt werden, denn sie haben es von den Franzosen gelernt und gelernt, daß der Völkerbund nichts anderes sei, als eine Rückversicherung der Siegerstaaten, zu denen sich die Polen in ihrer Weisheit auch zählen. Rembrandts kann nun noch der sogenannte Vastrecht hinzu. Der Friedensvertrag gesteht Polen die Einrichtung eines eigenen Postdienstes im Hafen Danzigs zu, obwohl kein Mensch die Notwendigkeit hierzu zu erkennen vermag. Die Polen schlugen aber ihr Postgesetz auch in der Stadt selbst auf, dem ein paar polnischer Beamten usw. folgen wird. Wie schwer werden diesen vergebens. Der völkerbundliche Schutzherr setzte schließlich zur Unterbindung des Streits einen „Schiedsgerichtshof-Ausschuß“ ein und dieser fand, daß die Polen ganz recht haben. Danzig hat, daß jetzt die Frage vor das Haager Schiedsgericht gebracht werde. Das mies der Schutzherr droht ab, — denn Danzig ist nicht die Türkei.

In diesem Postreit, der an die Seele des ganzen deutschen Volks greift, hätte der Völkerbund Gelegenheit gehabt, um der deutschen öffentlichen Meinung den Weg in den Bund zu ebnen und den nur zu berechtigten Widerwillen des deutschen Volks gegen den Völkerbund zu dämpfen. Er hätte nur dem Recht seine Statt zu lassen brauchen. Er hielt es nicht der Mühe wert. — Wenn nun aber die Minister in Luzern zusammenkommen, so können die Erfahrungen mit der letzten Völkerbundsabstimmung unmisslich in den Verhandlungen ganz spürbar bleiben, denn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund wurde ja von Dr. Stresemann unklugerweise von Anfang an gewissermaßen organisch mit dem Sicherheitsangebot verflochten, was von der Gegenseite natürlich sofort aufgegriffen wurde und von ihr jetzt als Selbstverständlichkeit behandelt wird. Die Frage des Eintritts in den Völkerbund wird jetzt von den deutschen Vertretern auf der Konferenz erst recht mit der größten Vorsicht und Umsicht behandelt werden müssen.



In Maratka haben die Spanier sich an der Nijucmas-Küste ein blutige Niederlage geholt, die man durch nachträgliche Siegesberichte vergebens zu demütigen versucht. Auch die Franzosen sind am Ende ihres Könnens angelangt. Die Regenzeit ist da. Die „Großmächte“, die Mitte September das Mittelgebiet „geläubert“ und Abd el Krim als Belagerten unter dem Pariser Triumpfbogen einschleppen wollten, werden in kurzer Zeit sich wieder zurückziehen müssen. Im nächsten Frühjahr können sie dann den Krieg wieder beginnen, wenn es in Frankreich die Staatskasse und in Spanien der Volkswille erlaubt.

Neuestes vom Tage

Beamtenstreik in Oesterreich?

Wien, 25. Sept. Das Finanzministerium hat die Gehaltsordnung der Bundesbeamten abgelehnt. Der Beamtenauschuß ist in Beratung über einen einstweiligen Streik eingetreten. Wegen der Entlassung einiger Arbeiterinnen haben in den Siemens- und Halske-Werken 1100 Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt.

Der französische Schuldenliquidationsvorstoß

Paris, 25. Sept. Nach dem „Matin“ hat Calvaux in Washington folgende Vorschläge gemacht: 1. Frankreich erkennt formell seine Kriegsschulden an und ist bereit, sie im Betrag von 2000 Millionen Dollar zurückzahlen. 2. Zu dieser Summe soll die Schuld aus dem noch nicht bezahlten Anteil des von dem amerikanischen Heer im Jahr 1919 zurückgelassenen Materials im Betrag von 407 Millionen Dollar hinzugerechnet werden, wodurch sich die Schuld auf 3340 Millionen Dollar erhöhen würde. 3. Frankreich nimmt die von dem amerikanischen Kongress vorgeschlagene Zeitfrist von 62 Jahren an und wird keine Zahlungen leisten. 4. Frankreich verlangt keinen Zuschuß und schlägt vor, während der ersten fünf Jahre jährlich 25 Millionen Dollar einschließlich 30 Millionen Zinsen für die aufgebrauchten Kriegsmaterialvorräte zu zahlen, während weiterer fünf Jahre je 30 Millionen, die darauf folgenden 10 Jahre 45 oder 50 Millionen Dollar und von 1946 ab während der noch verbleibenden 42 Jahre Zahlungen, die sich bis zu 80 Millionen Dollar steigern. Frankreich fordert aber, daß seine Zahlungsfähigkeit in Rechnung gestellt wird, damit, wenn sie geringer sei, als man jetzt annimmt, die versprochenen Zahlungsbeträge herabgesetzt werden können.

Zwischen der französischen und der amerikanischen „Auffassung“ besteht nach dem New York Herald noch eine weite Kluft.

Der Krieg in Marokko

Paris, 25. Sept. Hinter der französischen Front herrscht roter Längstreif infolge der Truppenverschiebungen für einen neuen Angriff. Auch die Araber geben an verschiedenen Punkten härtere Kämpfe gefahren. Ein französisches Flugzeug, das auf Scharfhausen Bomben abwarf, wird vernichtet. Durch eine Feuersbrunst wurde in Casablanca (französisch) ein ganzer Häuserblock vernichtet. Der Schaden wird auf 2 Millionen Franken geschätzt.

Unruhen in Indien

Delhi, 25. Sept. Zu ernstlichen Unruhen kam es im Nigarh, wo Moslems eine Hindu-Prozession mit Steinen bewarfen, worauf sich ein allgemeiner Kampf entwickelte. Auf Seiten der Moslems wurden 60 Personen verwundet und mehrere getötet. Auf Seiten der Hindus gab es 12 Verwundete.

Württemberg

Stuttgart, 25. Sept. Vom Landtag. Der Finanzausschuß hat in Uebereinstimmung mit einer Verordnung des Reichsfinanzministeriums die Neuordnung des Besoldungsdienstalters zugunsten der württ. Schulpolizei, die vom 1. März 1925 rückwirkend in Kraft tritt, ohne Abstimmung angenommen. Die in der Zeit vom 1. Januar bis 28. Februar 1925 mit Versorgungsberechtigung ausgeschiedenen Schulpolizeibeamten sind in das neue Gehalt inbegriffen. Das Reichsfinanzministerium wird in nächster Zeit über einige Fälle der württ. Beamtenbesoldung durch das Reichsfinanzministerium eine Entscheidung zu treffen haben.

Beleidigungsprozeß. Wegen Beleidigung des Reichswehnhauptmanns Billich waren der Schriftleiter Emil Schuler von der „Schwab. Tagwacht“ und der frühere Zahlmeister Karl Freyhöfer im April d. J. zu 2000 bzw. 1600 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Gegen das Urteil hatten sowohl die Berufung als der Wähler Berufung eine

gelegt, die aber in der gestrigen Verhandlung verworfen wurde. Es bleibt also bei den genannten Geldstrafen.

Der von französischen Gerichten verurteilte Bauer Paul Dangel aus Offen wurde vom Schöffengericht wegen des Betrugs des Handels mit gefälschten Tabaksteuerzeichen zu 6 Monaten Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Ein Helfershelfer namens Metz erhielt 4 Monate Gefängnis.

Das Morphium. Es ist bekannt, daß das Morphium-laster die moralische Widerstandskraft lähmt. Das zeigte wieder eine Strafsache, die vor dem Stuttgarter Schöffengericht verhandelt wurde. Die Frau eines hiesigen Fabrikanten, die täglich mehrere Morphiumeinspritzungen macht, hatte hinter dem Rücken ihres Mannes ihren Mantel verriegelt, um sich die Mittel für das Morphiumlaster zu beschaffen. Auf einer Abendgesellschaft entwandte sie dann einen wertvollen Damenmantel, um den Abgang des eigenen Mantels zu verdecken. Das Gericht sprach eine Gefängnisstrafe von einem Monat aus, die in eine Geldstrafe von 600 Mark umgewandelt wurde.

Aus dem Lande

Böblingen, 25. Sept. Der hervorragende deutsche Kampflieger Udet in Böblingen. Die am Sonntag, den 27. Sept. 1925 auf dem Flugplatz Böblingen stattfindenden Vorführungen Udet geben Veranlassung, folgende kleine Geschichte aus dem Leben unseres Lufthelden in Erinnerung zu bringen. Es dürfte nur wenigen bekannt sein, daß Udet, wie amtlich festgestellt ist, im Luftkampf 82 Gegner besiegte hatte. Nachdem Udet seinen 85. Gegner besiegte hatte, griff er einen Zweifler an, dessen Beobachter ihn mit seinem Maschinengewehr das Höhenkreuzer- und Verbindungsfeld gleichzeitig abflog, worauf das Flugzeug mit Udet festsitzend abbrach. In nur 400 Meter Höhe sprang daraufhin der Luftheld mittels Fallschirm vom Flugzeug ab, blieb aber mit dem Fallschirm an der vorliegenden Spitze des Seitensteuers hingekollert. Unter Ausnutzung seiner letzten Kraft brach er diese Spitze ab und stürzte nun, sich mehrmals überschlagend, hinter dem Flugzeug her, bis sich der Fallschirm erst 80 Meter über dem Boden entfaltet und ihn, wenn auch etwas schnell, doch sicher in der nördlichen Gefechtslinie zu Boden brachte. Groß war daher das Erstaunen seiner Kameraden, als der schon Totangewordene wieder bei seinem Geschwader erschien. Udet ist bekanntlich auch einmal zwischen den beiden Türmen der Liebfrauenkirche in München durchgefallen.

Der Turnverein Böblingen 1844 gab zur Feier seines achtzigjährigen Bestehens eine geschmackvoll bearbeitete, mit prächtigen Bildern ausgestattete Festschrift heraus, die sich durch eine Anzahl wertvoller Aufsätze besonders auszeichnet.

Mittelfeld 24. Sept. Staspiert. Die 12 Jahre alte Elise Schlottinger kam der Drehmaschine zu nahe, wurde von einem Riemen an den Haaren erfasst und ihr die ganze Kopfhaut vollständig abgetrennt, auch ein Ohr noch schwer verletzt. Das bedauernswerte Kind wurde sofort in die chirurgische Klinik nach Tübingen verbracht. Kopfhaut und Haare wurden in einem Körbchen mit nach Tübingen genommen, wo es der ärztlichen Kunst zufällt, diesen schweren Fall zu heilen.

Geislingen a. St., 25. Sept. Freigelassen. Der Landwirt A. Jüller von Weilerheim, der seit einigen Wochen sich in Untersuchungshaft befand, wegen Verdachts, im Rathaus in Weilerheim einen Einbruchsdiebstahl begangen zu haben, wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Von der Aler, 25. Sept. Sturz. Der 60 Jahre alte Forstarbeiter Johann Hohenegger in Albersberg stürzte in seiner Wohnung die Treppe hinunter und ist, ohne das Bewußtsein wieder zu erlangen, gestorben.

Zur Revision der württ. Gemeinde- und Bezirksordnung.

In einer unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Haager (Wesigheim) abgehaltenen Tagung in Baihingen a. G. haben die Bezirksvertreter des württ. Gemeindetags auf einen von Verwaltungsdirektor Schmid erstatteten Bericht folgende Richtlinien für die von kleineren Städten und Landgemeinden bei der bevorstehenden Revision der Gemeinde- und Bezirksordnung geltend zu machenden Wünsche aufgestellt: Ein Bedürfnis zur Durchführung dringlicher Reformen im Gemeinde- und Bezirksrecht liegt nicht vor. Zur Ermöglichung einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinden ist ihr Selbstverwaltungsrecht auszubauen und zu schützen. Weiter ist auf die Aufhebung der Besoldungsbeschränkungen für Körperschaftsbeamte hinzuwirken und die Begrenzung des Gemeindeumlagegesetzes entschieden abzulehnen. Die Vorschriften für die staatliche Kommunalaufsicht sind so zu beschränken, daß an die Stelle der verantwortlichen Leitung von oben die Selbstständigkeit der Gemeinde tritt. Insbesondere ist eine freibehaltendere Gestaltung der für die Vermögensverwaltung der Gemeinden bestehenden bestehenden Vorschriften zu fordern. Die Rahmenarbeiten für die Ge-

meinderäte sind herabzusetzen; die Ausübung des Gemeinderatsrechtes ist von einer mindestens einjährigen Wohnzeit in der Gemeinde abhängig zu machen. Der Aufgabekreis der Ortsvorsteher erhöht eine bessere Sicherstellung der zeitlich gemächlichen Ortsvorsteher. Die Herausnahme großer und mittlerer Städte aus dem Amtsvorstandesverband ist entschieden abzulehnen, da sie die Lebensfähigkeit des Kampfbundes in Frage stellen, gegen die übrigen Gemeinden ein schweres Unrecht bedeuten und die Beziehungen zwischen Stadt und Land verfahren würde. Die willkürliche Aufhebung einzelner Oberamtsbezirke mit vorzugsweise kleinen Oberamtsstädten ist abzulehnen. Die Aufhebung eines Oberamtsbezirks löst sich nur rechtfertigen, wenn Bezirksgemeinden auf den Antrag nach wirtschaftlichen und verkehrsmäßigen Gesichtspunkten eine anderweitige Bezirksaufteilung erfahren haben und die Größe und Leistungsfähigkeit der restlichen Gemeinden nicht ausreicht, die Bezirksorganisation, insbesondere den wirtschaftlichen Verband der Amtsvorstandesversammlung ist jeder Bezirksgemeinde eine stimmberechtigte Vertretung einzuräumen, der Höchstzahl der Amtsvorstandesversammlung ist auf die wichtigsten Gegenstände einzuschränken und dafür diejenige des Bezirksrats zu erweitern. Die Zahl der Bezirksratsmitglieder ist von sechs auf zehn zu erhöhen. Die Ausdehnung der bei der Belegung der Bezirksratsämter den Gemeinden erster Klasse eingeräumten Vorzugsstellung ist abzulehnen.

Aus Stadt und Land

Tagelohr, 26. September 1925.

Der Jugendliche reinste unentweichtes Gefühl ist der kurze Nachtanflug im Lebensfrühling, unversehrt dem Gemüt, der Erinnerung unsterblich. Goethe.

Zum Sonntag

Eines der Fremdwörter, das viele Deutsche nicht glauben entdecken zu können, heißt Karriere. „Lanbahn“ Kling wohl zu bezeichnen für das, was gemeint ist. Man soll mal freilich bei seinen Befestigungen nicht allzu behelmen sein. Wer sich nichts Rechtes vornimmt, wird auch nichts Rechtes. Aber in „Karriere“ Klingt etwas von jenem Welen, das nicht ehelich werden und nicht wirklich sein, nicht in Lauf sich mühen oder ein hohes Ziel erklimmen will, das vielmehr hinaufhüpfen und dann droben glänzen möchte. Karriere machen kann jeder, der die Kunstfertigkeit und Kunst versteht; oder nur mer etwas Rechtes in sich hat und sich müht, es immer reiner zu entfalten, kann etwas werden. Ob nur in seinem Wesen und Charakter, ob auch auf nach Lebensstellung, Rang und Titel. Ist dann nebenständig.

Was du immer kannst, zu werden, Arbeit scheue nicht und Wachen; Aber hülte deine Seele Vor dem Karrieremachen! Sturm.

Veranstaltungen und Feste am Sonntag.

7 Uhr früh Schlußfeier der Freie. Feuerwehr. 9 Uhr vormittags: Austagung der Gau-Bezirksmeisterschaft der Radfahrervereinigung Tagelohrgau, anschließend Vereinsfeiern. 7 Uhr abends: Familien-Abend der Freie. Feuerwehr. Weilerstadt: Bauern- und Jungbauerntag.

Dienstnachrichten.

Herr Maxter Behler in Giesau und Herr Maxter Paulus in Neuhengstfeld scheiden durch ihre Pensionierung aus dem Amte aus.

Die Ministerialabteilung für den Straßen- und Wasserbau hat dem technischen Hilfsassistenten Fedt in Calw eine Waldmeisterstelle übertragen.

Beerdigung von Stadtpflegedienner a. D. Walz.

Am vergangenen Mittwoch verstarb der in den heimischen Kreisen wohlbekannte frühere Schuttmann und spätere Stadtpflegedienner Walz im Alter von 80 Jahren. Geborener Tagelohrer, ging er nach Beendigung seiner Lehrtätigkeit als Tuchmacher auf die Wanderschaft und zwar wanderte er sich dem Elbfuß zu. Erst bei Ausbruch des Krieges 1870/71 kam er wieder nach seiner Heimat und nahm an dem Feldzug mit dem 5. württ. Infanterieregiment teil. Nach seiner Rückkehr wurde er von der Stadt Tagelohr als Schuttmann angestellt und verließ dieses Amt mit äußerster Treue und größter Pflichterfüllung nach 33 Jahren. Darauf übernahm er den Posten eines Stadtpflegedienners, den er 12 Jahre bekleidete, um dann nach einer

Wiegenlied.

Schlaf mein Herzenskinderchen
Schlafe sanft und süß,
Roch ist diese Erde
Dir ein Paradies.
Roch wach! Mutterliebe
Hebern Bettchen kein,
Dah nicht böse Triebe
Bei Dir kehren ein.
Wenn Du groß geworden
Und Dein Sinn steht weit,
Wird zu Dir auch kommen
Mandels Herzeleid.
Dann ist Mutter worden
Alt und schwach und weiß,
Doch die Lieb bleibt immer
Zu Dir treu und heiß.

M. ROß.

Engelbert Humperdinck. (Zu seinem Todebesten.)

Unter den neuzeitlichen nachwagnerischen Komponisten sind es nur wenige gewesen, die schnell allgemeine Beachtung und Anerkennung gefunden haben. Unter ihnen macht einer, der sich gleich mit seinem ersten größeren Werk durchsetzen und seine Stellung bis zu seinem Tode und darüber hinaus behaupten konnte, eine rühmliche Ausnahme: Humperdinck.



Engelbert Humperdinck.

Engelbert Humperdinck, der am 1. September 1864 zu Siegburg am Rhein geboren wurde, erhielt seine musikalische Ausbildung auf den Konservatorien zu Köln und München. Er hatte das Glück, nacheinander in den Wettbewerben um das Mozart-, das Mendelssohn- und das Meyerbeer-Stipendium zu siegen, und wurde, nachdem er die durch das letztere bedingte Studienreise unternommen hatte, zunächst kurze Zeit Lehrer am Konservatorium in Barcelona, dann 1887 Lehrer der Instrumentation und Komposition an dem Hochsigen Konservatorium in Frankfurt (Main).

Humperdinck wurde mit einem Schläge ein berühmter Komponist durch seine im Jahre 1894 zuerst in Weimar

aufgeführte Märchenoper „Hänsel und Gretel“, deren Text von seiner Schwester, der Frau Adelheid Bertelmann, und die später ihren Weg durch die ganze Welt machte. Dieses Märchenstück hatte seinen Erfolg in erster Linie der äußerst geschickten Einflechtung altbekannter und beliebter Kinder- und Volkslieder, die besonders in Weisfälen gefungen werden, zu verdanken. Eine zweite Märchenoper war dann die in ähnlichem Tone gehaltenen „Siedben Geiseln“. Ferner komponierte er das Melodrama: „Die Königshinder“, das viel Anklang fand, ebenso wie sein Chorwerk „Das Glück von Ebenhart“ und „Die Wallfahrt nach Revelar“. Im Jahre 1888 erhielt der Komponist den Titel „Königlich Preussischer Professor“. Er lebte später eine Zeit lang nur der Komposition in Boppard am Rhein und wurde im Jahre 1900 nach Berlin als Vorsteher einer akademischen Lehrerschule berufen. In dieser Eigenschaft war er auch Mitglied des Senats der Königlich Preussischen Akademie der Künste. Außer seinen dramatischen und Chorwerken hat Humperdinck auch eine große Reihe von Liedern komponiert, die auch heute noch in Konzerten und im Familienkreise gern gesungen werden.

Die Musik Humperdincks hat eine durchaus innige, gemütvolle und humorvolle Stimmung und erinnert vielfach an die Lieder Schuberts. Humperdinck war ein Schüler Richard Wagners, dem er bei der technischen Gestaltung seiner Werke vielfach hilfreiche Hand reichte, was auch von Wagner selbst wiederholt mit großem Danke anerkannt worden ist. Der Komponist hat sich durch seine Werke und auch durch seine lebenswichtigen Persönlichkeiten viele Freunde erworben. Als er am 27. September 1921 in Reutlingen im Alter von 57 Jahren starb, wurde sein allzu früher Tod von der Musikwelt, seinen Anhängern und Freunden als ein schmerzliches, unerforschliches Verhängnis empfunden.